

Johanne Modder, SPD
Klaus-Peter Bachmann, SPD
Heiner Bartling, SPD
Karl-Heinz Hausmann, SPD
Jürgen Krogmann, SPD
Sigrid Leuschner, SPD
Jutta Rübke, SPD
Ulrich Watermann, SPD

Hannover, den 13. Oktober 2009

Kleine Anfrage
zur schriftlichen Beantwortung

Verschleppt die Landesregierung die Entscheidung über die Zukunft der Regierungsvertretungen?

Die Regierungsvertretungen (RV) wurden anstelle der Bezirksregierungen in die Fläche platziert und sind laut Selbstbezeichnung das „Ohr“ des Landes in der Fläche. Sie sollten Bindeglied zwischen Landesregierung und den Kommunen, Verbänden und der regionalen Wirtschaft sein. Beispielhaft sollten sie im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit tätig werden und dort als Ansprechpartner für alle Phasen des Entwicklungsprozesses fungieren.

Mit einer unerwarteten Begeisterung hat die Landesregierung die RV als Modell einer modernen Verwaltung gerühmt. Ressortübergreifend sollten hier neue beispielhafte Formen der Zusammenarbeit erprobt werden. In einer Evaluation wollte die Landesregierung die Glanzpunkte des neuen Reformansatzes präsentieren.

Im Gegensatz zu den Ankündigungen wollte sich keine Begeisterung im Land einstellen. Insbesondere die Kommunen und kommunalen Spitzenverbände stellten die RV in Frage. Sie hielten den Nutzen dieser Einrichtung für ihr Tagesgeschäft nicht für wesentlich. Der Landesrechnungshof untersuchte RV und bilanzierte die Ergebnisse. Er empfahl u.a. wesentliche Aufgaben der RV den Ministerien zu übertragen, die RV Hannover aufzulösen und erhebliche Personaleinsparungen durchzuführen. Die Landesregierung entzog sich einer inhaltlichen Auseinandersetzung und wies auf die laufende Evaluation hin. Sie sollte die Ergebnisse des LR aufgreifen.

Seit Anfang Dezember 2008 hat das Internationale Institut für Staats- und Europawissenschaften (ISE) die Untersuchung „Evaluation der Arbeit und Wirkungsweise der niedersächsischen Regierungsvertretungen (2005-2008)“ vorgelegt. Das Gutachten wird von Fachleuten als außerordentlich qualifiziert, unabhängig, sachkundig und kompetent eingeschätzt und soll gute innovative Alternativen zur Weiterentwicklung der RV enthalten. Allerdings hat der Gutachter keinen Lobeskelch über die Landesregierung ausgeschüttet. U.a. soll das Gutachten sich gegen ein unverändertes Fortbestehen der RV aussprechen. Aufgrund einer Analyse soll der Gutachter feststellen, Kosten/Nutzen einer Auflösung der RV seien größer als die Wirkungsweisen der zurzeit betriebenen RV. Weiter soll er die Versäumnisse der Landesregierung aufzeigen; sie hat es unterlassen, angemessene Rahmenbedingungen für die RV zu schaffen. Damit hat die Landesregierung verhindert, dass akzeptable Ergebnisse für eine zukunftsgerichtete Entwicklungspolitik geleistet werden konnten. Soweit die Landesregierung nicht bis Ende der Legislaturperiode die aufgezeigten Alternativen realisiert, soll der Gutachter die Auflösung der RV alternativlos vorschlagen.

Eine interne Arbeitsgruppe soll im ersten Quartal 2009 zu einer ersten Bewertung des Gutachtens gekommen sein. Seit dieser Zeit hat die Landesregierung das „Kreißeln eines Berges“ eingeleitet, aus dem, wie es bei der Landesregierung im Umgang mit qualifizierten Gutachten üblich ist, voraussichtlich eine Maus entschlüpfen wird. Es häufen sich Meldungen, wonach das Gutachten, wie auch schon bei dem Gutachten von ISE über die Raumordnung und Landesplanung, in Schubladen der Staatskanzlei versenkt werden soll. Statt sich konstruktiv mit dem Gutachten auseinanderzusetzen, sollen die RV bei einer günstigen Gelegenheit, wenn geringes Medienecho zu erwarten ist, aufgelöst werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung;

1. Welchen Stand hat die Beratung des Gutachtens? Wann wird es für die Öffentlichkeit freigegeben?
2. Warum wird das Gutachten vor der Öffentlichkeit verschlossen?
3. Hält die Landesregierung den Zeitraum von zehn Monaten für angemessen, um ein Gutachten auszuwerten?
4. Wie will die Landesregierung bei aktuellen Ereignissen sicherstellen, zeitnah zu reagieren, wenn die Auswertung dieses überschaubaren Gutachtens schon knapp ein Jahr benötigt?
5. Existiert eine neue Reformstrategie, die sich bislang Außenstehenden noch verschließt, durch Abwarten von fast einem Jahr und mit Untätigkeit Reformergebnisse zu verbessern?
6. Gutachten, die mehr als zehn Monate ruhen, das zeigen die Erfahrungen, sind wegen des Zeitablaufs kaum noch umzusetzen. Warum hat die Landesregierung eine aufwendige Evaluation durchführen lassen, wenn die Bereitschaft fehlt, mit den Ergebnissen konstruktiv umzugehen?
7. Sind die Personalvertretungen beteiligt worden und wann? Wie sind die Ergebnisse der Beteiligung?
8. Wann sind die Beschäftigten der RV über die Ergebnisse des Gutachtens informiert worden?
9. Geht die Landesregierung davon aus, dass durch das Gutachten die Interessen der Beschäftigten tangiert werden? Warum nimmt sie mit ihrer Taktik des Aussitzens und Nicht-Reagierens die berechnete Unruhe bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hin, statt sie unverzüglich zu informieren und angemessen mitwirken zu lassen?
10. Sollten die RV nunmehr aufgelöst werden? Wenn ja, welche Argumente sprechen dafür und welche dagegen?
11. Hält es die Landesregierung für einen weiteren Erfolg ihrer Reform, wenn ein wesentlicher Baustein ihrer, so hat sie verkündet „bundesweiten größten Reform“, nämlich die RV, bereits nach einer ersten Überprüfung preisgegeben wird? Ist mit weiteren Rücknahmen der Reform zu rechnen?
12. Welche Kernpunkte eines für die laufende Legislaturperiode empfohlenen „Programms zur Ertüchtigung der Regierungsvertretungen“ schlagen die Gutachter vor?
13. Welchen Verbesserungsbedarf sieht die Landesregierung hinsichtlich der von ihr eingerichteten Regierungsvertretungen ggf. über die Gutachterempfehlungen hinaus?
14. Welchen weiteren konkreten Zeitplan verfolgt die Landesregierung mit der Auflösung der Regierungsvertretungen, falls nicht, welchen konkreten Zeitplan mit der Alternative?

gez. Johanne Modder
Klaus-Peter Bachmann
Heiner Bartling
Karl-Heinz Hausmann
Jürgen Krogmann
Sigrid Leuschner
Jutta Rübke
Ulrich Watermann

f. d. R.

Ute Wormland
stellv. Fraktionsgeschäftsführerin